Die europäischen Parteienzusammenschlüsse

RUDOLF HRBEK

Die Entscheidung, das Europäische Parlament direkt zu wählen, war für die Mitglieder der drei traditionellen Parteifamilien zweifellos der ausschlaggebende Impuls, ihre bisher schon praktizierte Kooperation im EG-Rahmen zu verfestigen und qualitativ fortzuentwickeln, was sie mit der Mitte der siebziger Jahre erfolgten Konstituierung transnationaler Parteibünde konkret in Angriff nahmen[1]. Im Zusammenhang mit den ersten Direktwahlen sind die Parteibünde nicht allzu deutlich als kraftvolle politische Akteure in Erscheinung getreten, auch wenn es zwischen ihnen diesbezüglich Unterschiede gab. Nach relativ kurzer Zeit von ihnen ein ausreichendes Kraftzentrum zu erwarten, wäre ein zu hoher Anspruch gewesen. So konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der drei Parteibünde nach 1979, wobei der Erwartungshorizont vielfach recht hoch angesetzt wurde: Sie sollten sich zu kraftvollen politischen Organisationen entwickeln, die – mit Hilfe eines schlagkräftigen Apparates, dem die nationalen Parteien viel Spielraum einräumen, und auf der Basis gemeinsamer Programme – ihren jeweiligen Fraktionen im Europäischen Parlament politische Leitlinien vorgeben und stark auf und in die nationalen Mitgliedsparteien wirken; insgesamt sollte ein genuines europäisches Parteiensystem entstehen.

Die Betrachtung der in den Jahren 1980–1982 erfolgten Entwicklung[2] hat gezeigt, daß – jedenfalls für einen so kurzen Zeitraum – diese Erwartungen zu ehrgeizig waren und den Merkmalen eines auf lange Frist angelegten Integrationsprozesses nicht Rechnung trugen. Bei Christdemokraten (EVP) und Liberalen (ELD) waren Schritte in Richtung auf Integration zu verzeichnen, sowohl im organisatorischen als auch im politisch-programmatischen Bereich; wer Integrationsprozesse notwendig als außerordentlich langwierig versteht, mag diese Schritte als Elemente einer zielgerichteten Entwicklung uneingeschränkt positiv würdigen. Für den Bund der sozialdemokratischen Parteien der EG (künftig „Bund" genannt) war fraglich, ob die Mitgliedsparteien überhaupt alle mehr Integration anstrebten, oder nicht mit der Existenz eines lockeren, die Autonomie der nationalen Parteien nicht einschränkenden ‚round-table' ganz zufrieden waren[3].

Der Bund der Sozialdemokratischen Parteien der EG

Da 1983 kein Kongreßjahr war, konzentrierten sich die Aktivitäten im Bund auf andere Gremien. Da sind zum einen die Fachkonferenzen, an deren Organisation und Durchführung nationale Parteien stark beteiligt sind. 1983 fanden

solche themenspezifischen Veranstaltungen in den Niederlanden, in Frankreich und Italien statt; Großbritannien mit der nicht nur gegenüber der Gemeinschaftsentwicklung sehr reservierten und kritischen, sondern auch innerhalb des Bundes äußerst zurückhaltend agierenden Labour Party richtete auch in diesem Jahr keine Veranstaltung des Bundes aus. In diesem fehlenden Engagement der britischen Mitgliedspartei wird eines der Probleme der Zusammenarbeit im Bund deutlich erkennbar[4]. Thematisch wurden auf den Fachkonferenzen die Lage der Frauen und der Jugend, Probleme von Klein- und Mittelbetrieben, also von Selbständigen, Fragen der Verbraucher und die Schaffung von Arbeitsplätzen behandelt. Ergänzt werden die Fachkonferenzen des Bundes durch solche der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, wobei nationale Gruppen, unterstützt von den entsprechenden nationalen Parteien, federführend sind. In den dort behandelten Themen spiegeln sich die aktuelle Situation der Gemeinschaft und ihre vordringlichen Aufgaben: Stahlpolitik, EWS, neue Technologien, Mittelmeerpolitik, Seetransport, Umweltfragen. Die Hauptfunktion der Fachkonferenzen des Bundes – sie waren „nach Meinung von Teilnehmern oft nicht optimal vorbereitet" – liegt mehr in „der Verdeutlichung der Standpunkte der einzelnen Parteien" und nicht im „Versuch zur Entwicklung konsistenter, gemeinsamer politischer Strategien in den jeweiligen Politikbereichen"[5].

Im Berichtszeitraum fanden, ausnahmslos in Brüssel, vier Bürositzungen statt. Um zu einem effizienten und von den Mitgliedsparteien als politische Autorität anerkannten Steuerungsorgan zu werden, müßten diese höherrangige Parteivertreter zu den Bürositzungen entsenden (ein stetes Anliegen von Präsident Joop den Uyl) und die Delegationen der Mitgliedsparteien müßten mehr personelle Kontinuität aufweisen. Der Umstand, daß beiden Anliegen nur sehr unvollkommen entsprochen wird, zeigt, daß die Mitgliedsparteien dem Bund ein relativ geringes Gewicht zuschreiben.

Im Februar 1983 setzte das Büro eine Manifest-Kommission ein; sie sollte mit Blick auf die zweiten Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1984 ein Wahl-Manifest ausarbeiten, das dann rechtzeitig vor dem Wahltermin im Frühjahr 1984 auf dem nächsten Kongreß des Bundes verabschiedet werden sollte. Die Bemühungen um das Manifest bestimmten die Arbeit des Bundes im Jahr 1983 und geben Einblick in seine internen Probleme, konkret: in Meinungsverschiedenheiten zwischen Mitgliedsparteien. Parallel zur Manifest-Kommission waren spezielle Arbeitsgruppen tätig, so die Arbeitsgruppe „Sozialismus und Gesellschaft" (unter dem Vorsitz der Deutschen Sabine Adler), deren Aufgabe es war, „die spezifischen Probleme der europäischen Gesellschaft zu analysieren" und „die Hauptlinien der sozialistischen Politik im sozialen Bereich" festzulegen; der einstimmig angenommene Text[6] diente als „Beitrag zum Manifest des Bundes für die Europa-Wahl". Unter dem Vorsitz des Franzosen Jacques Huntzinger befaßte sich die zweite Untergruppe mit dem Thema „Europa in der Welt", wo es insbesondere gelang, die Zustimmung der französischen Par-

tei zum Beitritt Portugals und Spaniens zu erwirken. Unter dem Titel „Ein europäischer Weg aus der Krise" legte eine spezielle Arbeitsgruppe (unter der Leitung des Belgiers Willy Claes) einen umfangreichen Beitrag[7] zum Manifest vor.

In den Diskussionen um die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sowie des Finanzsystems der EG spiegelten sich in der Manifest-Kommission Positionen, die auch im Rat der Gemeinschaft vertreten werden. Während Briten und Deutsche eine durchgreifende Reform – nämlich entschlossenen Abbau von Überschüssen – verlangten und die Vertreter der SPD die Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel erst nach erfolgter Reform zugestehen wollten, sprachen sich Dänen und Iren gegen Änderungen der GAP aus. Die französischen Sozialisten akzeptierten zwar im Prinzip die Notwendigkeit von Reformen, bestanden aber auf einem Lob für die GAP als Beispiel einer wirklich integrierten Politik und befürworteten deshalb auch konsequent Gemeinschaftspräferenz und Fortsetzung der Nahrungsmittelhilfe sowie die Einbeziehung der Mittelmeerprodukte in das System der GAP. In der Auffassung, daß ohne neue Finanzmittel keine Süderweiterung möglich sei, stimmten sie mit ihren spanischen Genossen überein. Angesichts dieser Divergenzen zeichnete sich ab, daß die Formulierungen im Manifest recht allgemein sein und Kompromißcharakter haben würden, während in den nationalen Europa-Wahlprogrammen die einzelnen Mitgliedsparteien ihre Auffassungen ungeschminkt formulieren werden[8].

Von Dissens waren sodann die Beratungen über institutionelle Fragen der Gemeinschaft geprägt. Während die französischen Sozialisten grundsätzlich für eine Verbesserung der europäischen Institutionen plädierten, aber sich konkret nur für eine Beschränkung des seit dem sog. Luxemburger Kompromiß praktizierten Einstimmigkeitsprinzip – es sollte nur in wirklich wichtigen Fällen beansprucht werden (was aber letztlich jeder Staat selbst entscheidet!) – aussprachen (die Stellung von Kommission und EP sollte ihrer Meinung nach unverändert, also gemäß den Vertragsbestimmungen bleiben), forderten die deutschen Sozialdemokraten zusammen mit ihren Genossen aus Italien und den Benelux-Staaten mehr Kompetenzen für das EP (z.B. das Initiativrecht oder eine stärkere Position beim Konzertierungsverfahren). Briten und Dänen wiederum waren selbst gegen abgeschwächte Formulierungen im Sinne irgendwelcher Reformen. Wenn selbst Kompromißformulierungen keine Chance allseitiger Billigung haben, bieten sich als Auswege aus diesem Dilemma zum einen Fußnoten, in denen Vorbehalte geltend gemacht werden[9], zum anderen besondere Zusatzerklärungen[10] einzelner Parteien an.

Einen wesentlichen Konfliktbereich stellte die Friedens- und Sicherheitspolitik dar: „Die Iren als Nicht-NATO-Mitglied weigern sich, im Bund über Fragen dieser Art zu diskutieren. Die Franzosen halten an dem Konzept der nationalen, auf eigenen Atomwaffen basierenden Militärstrategie unter Befürwortung des NATO-Doppelbeschlusses fest und werden in dieser Befürwortung von

den italienischen Mitgliedsparteien, insbesondere der PSI, unterstützt, während die anderen Parteien der Nachrüstung ablehnend gegenüberstehen."[11] Diese prinzipiellen Auffassungsunterschiede kamen auch in der Arbeit der Manifest-Kommission zum Ausdruck: einem französischen Text, der sich ganz eindeutig zugunsten von Atomwaffen ausspricht, stand ein niederländisches Papier mit stark pazifistischer Tendenz gegenüber. Hauptkontrahenten waren indessen SPD und PS, die in bilateralen Gesprächen versuchten, einen Konsens zu erzielen. Die dabei gefundene Lösung: statt Betonung des Trennenden, Herausarbeiten der folgenden Gemeinsamkeiten: der Ost/West-Dialog müsse fortgesetzt, Sicherheits- und Abrüstungsbemühungen müßten gekoppelt werden und Europa müsse eine größere Rolle in der Weltpolitik spielen. So werden übereinstimmende Formulierungen bei Bestehen grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten vorbereitet. Die Behandlung dieses Problembereichs zeigt „die große Spannung von Nationalinteresse und gouvernementaler Einbindung auf der einen Seite und transnationaler Kooperation sowie internationalistischer Solidarität auf der anderen Seite"[12].

Meinungsverschiedenheiten fanden sich weiterhin in den Vorstellungen zur Gestaltung der Ost/West-Beziehungen. Während die SPD den status quo akzeptiert und in intensiver Kooperation mit den Staaten Osteuropas das wesentliche Element der fortzusetzenden Entspannungspolitik erblickt, streben die französischen sowie die italienischen Sozialisten innenpolitische Änderungen im Ostblock an. Sie verstehen détente insofern dynamisch und schreiben den Entwicklungen in Polen große Bedeutung zu. Die Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen im Ostblock mit ihrer gegen die Sowjetunion gerichteten Tendenz hat dabei innenpolitische Funktionen: zur Flankierung des in der Raketen-Debatte eingenommenen Standpunktes und zur Abgrenzung gegenüber der kommunistischen Partei. Auf diesem Hintergrund ist die Aufnahme eines Abschnittes zum Thema „Menschenrechte" im Manifest zu sehen, in dem sogar die Verhängung von Sanktionen bei Rechtsverletzungen befürwortet werden[13].

Unverkennbar prägen nationale Interessen der Mitgliedsparteien ihr Verhalten im Bund ungleich stärker als die Forderung nach internationaler Solidarität; unter diesem Vorzeichen stehen im übrigen auch bilaterale Parteibeziehungen[14]. Das gilt insbesondere dann, wenn Mitgliedsparteien des Bundes in ihren Ländern unterschiedliche Rollen wahrnehmen. Interessant ist die in diesem Zusammenhang vertretene These, wonach es einen offensichtlichen „Widerspruch von Oppositions- und Regierungssozialismus" gibt[15]. Während also im Bund, der von Vertretern des nationalen Parteiapparates dominiert wird, in wichtigen Fragen die Konsenssuche erfolglos bleibt, hat sich die sozialistische EP-Fraktion „zum Zentrum der innersozialistischen Konsensbildung auf der europäischen Ebene entwickelt" und fungiert „anstelle des Bundes . . . als wichtigste Koordinierungsinstanz"[16]. Dabei stellt sich allerdings das Problem der Einbindung und des Einflusses der Euro-Parlamentarier in ihren jeweiligen Parteien. Die Konzertierungserfolge im Rahmen der transnationalen EP-Frak-

tion bleiben aber nicht nur auf der nationalen Ebene weitgehend unbeachtet, auch der Bund hat bislang fast ganz darauf verzichtet, darauf aufzubauen[17]. So gibt es zwar Integrationsimpulse der Fraktion, die aber im Bund keine Wirkung zeigen; er ähnelt immer noch mehr einer internationalen diplomatischen Konferenz als einer handlungsfähigen transnationalen Parteiorganisation.

Die Europäischen Liberalen Demokraten (ELD)

Mit der während der Sitzung des Exekutivkomitees im Oktober 1983 erfolgten Aufnahme der Liberalen Partei Griechenlands unter Nikitas Venizelos konnte die ELD ihre Mitgliedschaft erweitern; allerdings ist das neue Mitglied, was die Wählerresonanz angeht, in Griechenland nur eine Splitterpartei (1,1 % der Stimmen bei den letzten nationalen Wahlen im Oktober 1981 und bei den zweiten EP-Direktwahlen im Juni 1984 gar nur 0,3 %). Als politische Kraft, die sich zwischen den beiden Blöcken der sozialistischen PASOK und der konservativen Nea Demokratia etablieren möchte, werden die Liberalen aus ihrer Zugehörigkeit zu einem transnationalen Parteienverbund sicherlich Nutzen ziehen.

Ein weiterer Schritt in Richtung Ausweitung der Mitgliedschaft erfolgte mit der auf dem Kongreß im Dezember 1983 beschlossenen Statutenänderung. Danach ist es Parteien aus beitrittswilligen Staaten möglich, sich der liberalen Parteienföderation als Mitglied mit Beobachterstatus anzuschließen. Die Maßnahme zielt auf portugiesische und spanische Parteien, zu denen seitens der ELD bereits früher Fühler ausgestreckt worden waren. Die spanische Liberaldemokratische Partei (PLD) erwarb als erste Ende 1983 diesen Beobachterstatus; ihr danach gefaßter Beschluß, sich im nationalen Rahmen der Parteiengruppierung des Katalanen Roca anzuschließen, dokumentiert allerdings, daß das Verhältnis zur ELD noch nicht endgültig geklärt ist[18]. Gleiches gilt für die portugiesische PSD.

Im Mittelpunkt der politischen Arbeit innerhalb der ELD stand die Beratung über das Wahlprogramm für die zweiten Direktwahlen. Nach der Verabschiedung des Entwurfs durch das Exekutivkomitee im Mai 1983 wurde der Text den Mitgliedsparteien zur internen Beratung vorgelegt. Sie sollten bis zur endgültigen Beschlußfassung auf dem im Dezember stattfindenden Jahreskongreß ihre Positionen abstecken, die dann als Änderungsanträge gemeinsam diskutiert werden würden. Bereits in diesem Verfahrensschritt zeigt sich ein bedeutsamer Unterschied zwischen der ELD und dem Bund hinsichtlich ihrer Qualität als transnationale Parteienorganisation. Die ELD bemüht sich um engen Kontakt mit den Mitgliedsparteien und ermöglicht engagierte politische Kommunikation zwischen nationaler und transnationaler Ebene. Die Mitgliedsparteien des Bundes haben demgegenüber den Entwurf des Manifests nicht diskutiert.

Auf dem vom 9. bis 11. Dezember 1983 in München veranstalteten Kongreß wurde denn auch intensiv und kontrovers über das Wahlprogramm diskutiert. Abstimmungen über die zahlreichen Änderungsanträge sahen Sieger und Be-

siegte und selbst in der Schlußabstimmung gab es Gegenstimmen und Enthaltungen – ausnahmslos von Vertretern der britischen Liberalen, die zugleich die stärkste Delegation stellten (41 von 256). Nach dem erklärten Willen der Mitgliedsparteien wollten sie den im übrigen organisatorisch dezentralisierten Wahlkampf in ihren jeweiligen Ländern mit den zentralen Aussagen des ELD-Wahlprogramms führen; nationale Wahlprogramme sollte es daneben nicht geben. Mit der Vorlage eines gemeinsamen Wahlprogramms sei es gelungen, „die nationalen Grenzen in beispielhafter Weise zu überwinden“[19].

In den Passagen über die institutionelle Weiterentwicklung der Gemeinschaft fordert das Programm die Stärkung des EP: Es soll bei der Bestellung der Kommissionsmitglieder mitwirken und das Recht der Ratifikation von Verträgen mit Drittstaaten bekommen. Die Legislativbefugnisse soll sich der Rat mit dem EP teilen; diese Konstruktion ist auch im Entwurf eines Vertrages über die Europäische Union vorgesehen. Der Rat soll zum Mehrheitsprinzip zurückkehren. Das Programm enthält weiter die Forderung nach einer EG-Menschenrechts-Charta; auf diesem Feld hatte sich die ELD von allem Anfang an stark engagiert.

Das im Programm enthaltene Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft wurde zwar mehrheitlich gebilligt, aber die britischen Liberalen befanden sich hier doch in deutlicher Frontstellung gegenüber der deutschen F.D.P., die auf einem strikt marktwirtschaftlichen und auf unbedingte Stabilität ausgerichteten Kurs beharrte. Die Gegnerschaft der britischen Liberalen kann zum einen mit ihrem traditionell anderen Profil – es ist weniger stark von wirtschaftsliberalen Tendenzen geprägt als die zumal nach dem Bonner Regierungswechsel dominierenden Teile der F.D.P. – erklärt werden. Hinzu treten aber aktuelle innenpolitische Gründe: Die britischen Liberalen müssen sich gegenüber einer konservativen Regierung unter Frau Thatcher profilieren, die marktwirtschaftliche Positionen äußerst stark betont. Zum zweiten wollen die britischen Liberalen gegenüber ihren Partnern von der Social Democratic Party nicht als konservativ erscheinen[20].

Von Gegensätzen – wiederum vor allem zwischen F.D.P. und britischen Liberalen – war auch die Diskussion über Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik geprägt. Die Briten sprachen sich eindeutig gegen die Stationierung von Cruise Missiles und damit gegen den Doppelbeschluß der NATO aus, während die anderen Parteien die mit dieser Strategie verfolgte Politik unterstützten. So wird zwar gemeinsam die Weiterentwicklung der EG zu einer Union mit gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik befürwortet, über die Implikationen im einzelnen bleiben Divergenzen.

Nicht kontrovers ist schließlich die Forderung nach Abbau der Personen-Kontrollen an den innereuropäischen Grenzen. Das Programm enthält auch die Forderung nach Gewährung des Wahlrechts für EG-Bürger in ihrem jeweiligen Gastland. Danach sollte ihnen zunächst das Recht zur Beteiligung an Kommunalwahlen, später auch an allgemeinen Parlamentswahlen gewährt werden.

Neben der Beratung des Wahlprogramms beherrschte den Kongreß die Diskussion über die aktuelle europapolitische Lage nach dem gescheiterten Gipfel von Athen. Der liberale Politiker Gaston Thorn, Präsident der EG-Kommission, kritisierte nicht nur die engstirnige Feilscherei vieler Regierungen als eine Ursache des Fehlschlags, sondern forderte, aus dieser „verpaßten Gelegenheit" die Lehren zu ziehen[21]. Sowohl in diesem Beitrag – der deutsche F.D.P.-Vorsitzende Genscher äußerte sich ganz ähnlich – als auch im ELD-Wahlprogramm kommt das Selbstverständnis der europäischen Liberalen als integrationspolitisch vorwärtsweisende Kraft zum Ausdruck.

Wie für die anderen Parteifamilien ist auch bei den Liberalen das Verhältnis zwischen Parteiföderation und EP-Fraktion ein Problem, das sich als „Konkurrenzbeziehung" charakterisieren läßt, „die insbesondere durch die Tatsache diskutiert wird, daß die Franzosen über 40 % der Fraktionsmitglieder, aber zur Zeit nur 15 % der ELD-Kongreßdelegierten stellen, während die mit 20 % größte Kongreßdelegation, die britische Liberal Party, im EP überhaupt nicht vertreten ist"[22].

Die Europäische Volkspartei (EVP)

Die Verklammerung zwischen der EVP und der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD), der zusätzlich Parteien aus Nicht-EG-Mitgliedstaaten angehören, wurde durch die Zusammenlegung des Generalsekretariats – Sitz ist Brüssel – und die in der gemeinsamen Sitzung der Politischen Büros der beiden Vereinigungen im April 1983 erfolgte Bestellung eines gemeinsamen Generalsekretärs (der Deutsche Thomas Jansen) verstärkt. Der politisch-inhaltlichen Verschränkung dienen zusätzlich die für beide Parteienzusammenschlüsse gemeinsamen Fachkommissionen für Internationale Politik, Sicherheit und Verteidigung, Wirtschaft und Soziales. Wie bisher wurden auch 1983 mehrere Sitzungen der Politischen Büros gemeinsam abgehalten oder auch terminlich unmittelbar aneinander gereiht.

Die Verklammerung hat, soweit bislang erkennbar, nicht dazu geführt, daß spezifische EG-Themen die Arbeit beider Vereinigungen beherrschen. Die europäischen Christdemokraten konzentrieren sich vielmehr – fast schon traditionsgemäß – stark auf Fragen der internationalen Politik. Diskussionen über einschlägige aktuelle Vorgänge, häufig nach Berichterstattung durch den Präsidenten und die zuständige Fachkommission, nehmen in den Bürositzungen breiten Raum ein. Auch überwiegen Resolutionen zu diesen Fragen[23], während spezifische EG-Probleme eine geringere Rolle spielen. Hierfür bleibt die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament dominierend, so daß die europäische Parteiorganisation der Fraktion auch kaum Leitlinien vorgibt. Vielmehr unterstützt sie Initiativen und Standpunkte der Fraktion, über die in Sitzungen des Politischen Büros berichtet wird[24].

Wenn auch die EVP-Fraktion bei der Behandlung von EG-Angelegenheiten die führende Kraft der europäischen Christdemokraten bleibt[25], wurden 1983

auf Initiative von Präsident Tindemans doch interessante Versuche gemacht, die Parteiorganisation als Rahmen für die Entwicklung gemeinsamer Standpunkte der europäischen Christdemokraten in EG-Fragen zu nutzen und damit aufzuwerten. Anfang Oktober hatten sich die Vorsitzenden der Mitgliedstaaten auf Einladung von Tindemans zu einer Sitzung getroffen und bereits Ende September hatte ein Treffen der christlich-demokratischen Landwirtschaftsminister mit den EVP-Mitgliedern des EP-Agrarausschusses, dem Vizepräsidenten der EG-Kommission Davignon und dem EVP-Generalsekretär stattgefunden, auf dem die schwierige Frage der EG-Agrarausgaben behandelt wurde. Vor der Sitzung des Europäischen Rates in Athen fand Ende November eine EVP-„Gipfelkonferenz" (fünf Regierungschefs, ein Vizepremierminister, mehrere Minister – verantwortlich für die Ressorts Außenpolitik, Finanzen und Landwirtschaft –, fast alle Parteivorsitzenden, die Vorsitzenden der nationalen Fraktionen sowie der EP-Fraktion sowie die Kommissare aus EVP-Mitgliedsparteien) statt, die als nützlicher Informationsaustausch und Konzertierungsversuch angesehen wurde. Deshalb ist geplant, solche Zusammenkünfte zu wiederholen.

Fragen der internationalen Politik nehmen in der laufenden Arbeit der EVP, also in den Sitzungen des Politischen Büros, breiten Raum ein; entsprechend aktiv sind die beiden einschlägigen Fachkommissionen (Internationale Politik sowie Sicherheit und Verteidigung). Im Rahmen der EVP enthält sich die irische Mitgliedspartei Fine Gael in allen Fragen, bei denen die NATO ausdrücklich erwähnt ist, der Stimme und trägt so dem besonderen Status der Republik Irland Rechnung. Gleiche Vorbehalte machen im Rahmen der EUCD die Mitgliedsparteien aus Österreich, der Schweiz und San Marino, wo immer militärische Aspekte von Sicherheit angesprochen werden. Auch die Resolution, in der der Abschuß einer südkoreanischen Verkehrsmaschine durch die Sowjetunion verurteilt wurde, fand nicht die ungeteilte Zustimmung aller Mitglieder.

Die europäischen Christdemokraten beschränken ihre Aktivitäten auf Parteiebene nicht auf Westeuropa. Nach der Umbenennung der bisher schon existierenden Weltunion in Christlich-Demokratische Internationale (CDI) wurde während des ganzen Jahres über die Möglichkeiten einer verstärkten – gerade auch finanziellen – Unterstützung dieser weltweiten Organisation beraten, die als Gegenstück zur traditionsreichen Sozialistischen Internationale konzipiert ist. Auf der gleichen Linie liegt es, wenn Einzelaktivitäten außereuropäischer Schwesterparteien finanziell gefördert werden. Ein in Brüssel eingerichtetes CDI-Verbindungsbüro soll die Kontinuität der Kontakte gewährleisten; der CDI-Repräsentant nimmt regelmäßig als Gast an den Sitzungen der Gremien von EVP und EUCD teil.

Nachdem die Abgeordneten der griechischen Nea Demokratia schon länger in der EVP-Fraktion des EP mitgearbeitet hatten, war die Aufnahme der ND als ordentliches Mitglied in EVP und EUCD – beschlossen auf der gemeinsamen Sitzung der Politischen Büros im September in Brüssel – keine Überra-

schung. Mit ihrer prononcierten konservativen Ausrichtung – mindestens unter der jetzigen Parteiführung – ist die ND auf dem rechten Flügel der EVP zu placieren. Die Aufnahme der ND als Mitglied zeigt die Absicht der europäischen Christdemokraten, in anderen Staaten Europas Parteien der politischen Mitte – die insoweit in Frontstellung zu sozialistischen Linksparteien stehen – zu fördern oder ihr Entstehen zu unterstützen. In Griechenland erscheint offenbar nur die ND als ernsthafte Alternative zur sozialistischen PASOK.

In Spanien wird das Reservoir für Parteien der politischen Mitte von der EVP auf etwa 30–40 % der Wählerschaft geschätzt. Obwohl die europäischen Christdemokraten die Entstehung einer entsprechenden Formation unterstützen wollen, haben sie der Partido Democrata Popular (PDP) lediglich den Status als Beobachter in der EVP zugebilligt. An den Arbeiten der EUCD wird die PDP als ständiger Gast mitwirken. Diese Zurückhaltung erklärt sich aus der Unsicherheit in der Einschätzung des spanischen Parteienspektrums: die PDP gilt als politische Kraft, die der sehr weit rechts stehenden Volksallianz (AP) nahestand, zu der die europäischen Christdemokraten Distanz halten wollen. Der Vorgang zeigt, wie transnationale Parteiorganisationen auf die Parteienentwicklung einzelner Staaten Einfluß zu nehmen suchen.

Nach dem Rücktritt des portugiesischen Politikers Do Amaral als Präsident der EUCD zu Beginn des Jahres 1983 dauerte es bis zur Sitzung des Politischen Büros im November in Rom (wegen des Heiligen Jahres war dieser Sitzungsort gewählt worden und es fand eine Audienz der Partei-Repräsentanten beim Papst statt), bis ein Nachfolger bestellt wurde. In geheimer Abstimmung erhielt der Italiener Andreotti eine ausreichende Mehrheit (vorgeschrieben sind mindestens zwei Drittel der Büro-Mitglieder), nachdem der Holländer Bukmann lange Zeit als Alternative im Gespräch war.

Die speziell eingesetzte Wahlkampfkommission der EVP war während des Jahres 1983 überaus aktiv. In ihren Beratungen zeigten sich jedoch deutliche Schwierigkeiten beim Versuch, auch in Detailfragen – welcher Slogan, welches Plakat – einen gemeinsamen Nenner zu finden. Auch wenn die Mitgliedsparteien den Wahlkampf in eigener Regie führen würden, sollten sie doch programmatisch einheitlich auftreten. Basis dafür ist zum einen das nach wie vor gültige EVP-Programm, das durch ein kurzes Manifest und ein Aktionsprogramm (Adressat: die EVP-Fraktion im zweiten EP) ergänzt werden sollte. Die Beratungen hierüber wurden im Jahr 1983 nicht abgeschlossen; der Terminplan sah vor, daß ein Kongreß erst Anfang April 1984 über diese programmatischen Texte beschließen sollte. Als inhaltliche Schwerpunkte zeichneten sich in den vorbereitenden Beratungen des Jahres 1983 ab: Frieden, Verteidigung der Freiheit und Sicherung der Demokratie; Belebung der Wirtschaft und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; Umweltpolitik sowie Fragen der Energie-, technologischen und industriellen Entwicklung; Verbesserung von politischem Zustand und institutioneller Verfassung der EG. Weitgehend gleiche Werbemittel sollten die Einheit der EVP-Parteien nach außen sichtbar machen.

Die Europäische Demokratische Union (EDU)

Die 6. Konferenz der Parteiführer, die am 24./25. Juni 1983 in London stattfand[26], war das nach außen hin wichtigste Ereignis in der EDU-Arbeit des Jahres. Der 1982 eingeleitete „Neubeginn" der politischen Arbeit dieser Parteienformation wurde mit dem Londoner Treffen fortgesetzt. Dabei trat der mit der Satzungsänderung 1982 eingerichtete und aus den Generalsekretären der Mitgliedsparteien bestehende Lenkungsausschuß als regieführende Instanz deutlich in Erscheinung. Die Parteiführer ratifizierten letztlich nur, was in diesem Gremium sowie in den verschiedenen Kommissionen und Expertengruppen vorbereitet worden war.

Fünf neue Mitglieder wurden aufgenommen[27]: die griechische Nea Demokratia (die seit 1978 den Status des Ständigen Beobachters hatte); aus Spanien die Alianza Popular (AP) und die Partido Democrata Popular (PDP); aus Liechtenstein die Fortschrittliche Bürgerpartei und die Vaterländische Union. Als assoziiertes Mitglied wurde die kanadische Progressive Conservative Party aufgenommen. Vergegenwärtigt man sich die unterschiedliche Behandlung der PDP durch EDU und EVP – samt Begründung –, werden Unterschiede im politischen Profil der beiden transnationalen Parteienformationen erkennbar.

Nach längeren Vorarbeiten wurde in London die Internationale Demokratische Union (IDU) als weltweiter Zusammenschluß von Parteien, die der EDU und der 1982 geschaffenen Pazifischen Demokratischen Union (PDU) angehören, konstituiert. Zum Präsidenten wurde der Österreicher Alois Mock – er ist zugleich EDU-Präsident – gewählt; Vizepräsidenten sind Ulf Adelsohn (Gemäßigte Sammlungspartei, Schweden), Richard V. Allen (Republikanische Partei, USA), John Atwill (Liberale Partei, Australien), Jacques Chirac (R.P.R., Frankreich), Susumu Nikaido (Liberaldemokratische Partei, Japan), Cecil Parkinson (Konservative Partei, Großbritannien), Franz-Josef Strauß (CSU, Bundesrepublik Deutschland). Zum Exekutivsekretär wurde der Brite Scott Hamilton bestellt; das Sekretariat hat seinen Sitz in London. Mit dieser Gründung wird die Entschlossenheit der beteiligten Parteien unterstrichen, bei der Verfolgung zentraler Anliegen enger zusammenzuarbeiten und Aktivitäten im internationalen Bereich zu koordinieren[28].

In einer Statuten-Ergänzung wird vorgesehen, daß alle Entscheidungen, die auf internationaler Ebene zu fällen sind, zuerst im EDU-Lenkungsausschuß diskutiert werden müssen und die EDU-Vertreter in den Gremien der IDU diesbezüglich gebunden sind. In den Schwerpunkten der politischen Aktivitäten von EDU und IDU zeichnet sich eine Arbeitsteilung dergestalt ab, daß sich die EDU mehr auf Fragen der europäischen Politik konzentriert, während die IDU der Rahmen für die Behandlung der übrigen internationalen Probleme wird. So beendete die EDU-Expertengruppe für Zentralamerika ihre Arbeit; die Thematik wurde an die IDU weitergeleitet.

Die Parteiführer billigten den Bericht der unter Leitung des Deutschen Bern-

hard Vogel stehenden Kommission „Europäische Strukturen – Europäische Politik" zum Thema „Die Europäisch-Amerikanischen Beziehungen"[29]. Darin wird das Gleichgewicht der Kräfte in Europa als Vorbedingung zur Erhaltung des Friedens bezeichnet; hierfür sei die enge Verbindung zwischen Westeuropa und Nordamerika unerläßlich. Im ökonomischen Bereich wird Protektionismus abgelehnt. Die Nationale Sammlungspartei Finnlands schloß sich „aus neutralitätspolitischen Gründen" den Aussagen des Berichts nicht an und knüpfte damit an ihre frühere Grundhaltung an. Die französische R.P.R. merkt ausdrücklich an, „daß Frankreich nicht Mitglied der NATO ist und nicht beabsichtige, dies zu ändern".

Weiter billigten die Parteiführer den Bericht der unter Leitung des Schweden Professor Staffan Burenstam Linder stehenden Kommission „Wirtschaft" über „Wirtschaftspolitische Grundsätze", wozu es keine Vorbehalte gibt. Der Bericht[30] unterstreicht als Ziele die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Inflation, als ordnungspolitischen Rahmen ein System sozialer Marktwirtschaft auf der Basis von Privateigentum und Entfaltungsmöglichkeiten für das Individuum; er lehnt staatlicherseits verordnete Beschränkungen und Eingriffe in den Wirtschaftsablauf ab.

Die Parteiführer bestätigen erneut ihr Engagement bei Bemühungen um die europäische Einheit. Zur Feststellung, daß die Verhandlungen der EG mit Portugal und Spanien über die Süderweiterung hoffentlich bald erfolgreich abgeschlossen sein werden, merkt die R.P.R. an, daß die Aufnahme beider Länder mit der Lösung der Probleme der gemeinschaftlichen Agrarpolitik gekoppelt sei. Der Bericht der Expertengruppe „Wahlkampftechniken" wird ebenfalls gebilligt. Zu diesem Thema sind eine Reihe einschlägiger Veranstaltungen durchgeführt worden.

Das vom Lenkungsausschuß für 1983/84 vorgesehene Arbeitsprogramm sieht die folgenden Schwerpunkte vor. Die Kommission „Europäische Strukturen – Europäische Politik" soll sich mit drei Aufgabenbereichen befassen: Europäische Politik (Herausforderungen, denen sich Europa gegenübersieht und auf die gemeinsam reagiert werden soll; daher engere Kooperation innerhalb der EG und mit den Regierungen der Nichtmitgliedstaaten), Demokratie in Europa (Situation in der Türkei und auf Malta als speziell genannte Schwerpunkte), Koordination der EDU-Parteien in den Institutionen von Europarat und EG. Zwei neue Kommissionen wurden eingesetzt; eine soll sich mit transnationalen Fragen des Umweltschutzes, die andere mit Fragen des Satellitenfernsehens und -rundfunks befassen. Die Expertengruppe über Wahlkampf soll ihre Arbeit fortsetzen, während die Gruppe, die sich mit der Europäischen Linken befassen sollte, angesichts des nur geringen Interesses der Mitgliedsparteien, ihre Arbeiten nicht fortsetzt.

Angesichts der zwischen EDU und IDU vereinbarten Arbeitsteilung wird künftig dem Verhältnis von EDU und EVP verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken sein. Insbesondere bleibt abzuwarten, ob es zu formalisierten Bezie-

hungen beider Parteienzusammenschlüsse kommt oder ob Mitgliedsparteien der EVP bei Bedarf bilaterale Kontakte zu einzelnen Mitgliedsparteien der EDU – mit Blick auf die Bedürfnisse in der EG sind das primär die britischen Konservativen und die französische R.P.R. – aufnehmen und pflegen. Ähnlich stellt sich die Situation zwischen CDI und IDU dar.

Die Grünen in Europa

Anläßlich der ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament traten ‚grüne' Gruppierungen nur in drei Staaten an: die Grünen in der Bundesrepublik Deutschland (mit 3,2 %), die Ecologisten in Belgien (mit 3,4 %), die Europe-Ecology in Frankreich (mit 4,4 %). In der Folgezeit konsolidierten sich diese Ansätze teilweise und es kam in weiteren westeuropäischen Staaten zur Konstituierung ökologisch ausgerichteter Gruppen, die schließlich als Parteien auftraten und sich den Wählern stellen.

Seit 1982 wurde die Bildung einer Allianz „Die Grünen in Europa" vorbereitet. Im Oktober 1983 bekundeten die hier beteiligten Parteien, sie wollten – sofern sie aus EG-Staaten kommen – bei den zweiten Direktwahlen 1984 mit einer gemeinsamen Programmplattform antreten[31]. Zunächst haben sich acht ökologisch ausgerichtete Parteien aus sieben Ländern in dieser Allianz zusammengefunden: aus Belgien die wallonische „Ecolo" und die flämische „Agalev", aus Frankreich „Les Verts", aus Großbritannien „Ecology Party", aus Irland „Comhaontas Glas", aus den Niederlanden „De Groenen", aus Österreich „Alternative Liste Österreich" und aus Schweden „Miljoepartiet". Die Grünen Luxemburgs und die Grünen der Bundesrepublik haben sich noch nicht entschieden, ob sie sich der Allianz anschließen; ihre Entscheidung wird erst im Frühjahr 1984 fallen.

Ein nicht unwichtiges Motiv für diesen Zusammenschluß ist die Aussicht, bei einem respektablen Wahlerfolg bei den zweiten Direktwahlen an der Wahlkampfkostenerstattung aus Mitteln des Europäischen Parlaments zu partizipieren: alle, die über 1 % der Stimmen erringen, bekommen einen Betrag von 0,70 FF pro Wähler[32]. Während dies angesichts der Wahlkampfkostenerstattung in der Bundesrepublik Deutschland ein geringer Betrag ist und für die deutschen Grünen kaum einen starken Anreiz darstellt, wären solche Zuwendungen für andere Parteien von allergrößter Bedeutung[33].

Die Zurückhaltung der deutschen Grünen, sich der Allianz anzuschließen, hat primär sicherlich politische Gründe, die in der Ausrichtung liegen. Die bislang in der Allianz zusammengeschlossenen Parteien legen das Schwergewicht auf ökologische Anliegen und die Friedenspolitik, während bei den deutschen Grünen zusätzlich alternative Tendenzen eine starke Rolle spielen, denen es um eine völlig andere politische Ordnung geht. Indiz für diesen Zusammenhang ist die Kritik der deutschen Grünen an der Nichtzulassung der niederländischen Gruppierung „Groen Progressief Accord" zur Allianz; diese Gruppierung umfaßt drei kleine Parteien: Sozialistische Partei für den Frieden, Radikale Partei, Kommunistische Partei[34].

Als Schwerpunkte für die gemeinsame Wahlplattform schälen sich die folgenden Themenbereiche heraus: Dezentralisierung der Institutionen, um der politischen, sozialen und kulturellen Vielfalt zu entsprechen; grundsätzliche Änderung der gemeinschaftlichen Agrarpolitik, nämlich Verzicht auf industrielle Anbaumethoden und Realisierung eines „Konzepts des Ernährungsausgleichs"; Friedenspolitik als besonderer Schwerpunkt; Ausgleich der Wohlstandsunterschiede zwischen Industrieländern und der Dritten Welt; Umweltpolitik, Energiepolitik, soziale und wirtschaftliche Probleme, insbesondere Kritik an Wachstumspolitik.

Sollten die Grünen in einigen EG-Mitgliedsländern bei den EP-Wahlen erfolgreich sein und Abgeordnete entsenden, wird interessant sein, ob sich diese Parlamentarier – wenn sie zahlenmäßig die geschäftsordnungsmäßigen Voraussetzungen erfüllen – zu einer eigenständigen Fraktion zusammenschließen, was eine gewisse politisch-programmatische Homogenität voraussetzen und zugleich fördern würde. Mit der Allianz haben grüne Parteien jedoch unmißverständlich ihre Entschlossenheit bekundet, transnational zusammenzuarbeiten. Damit ist das Spektrum transnational agierender Parteienzusammenschlüsse verbreitert. Ob erste Ansätze einer transnationalen Kooperation von Regionalparteien organisatorische Konsequenzen haben, bleibt demgegenüber abzuwarten[35].

Anmerkungen

1 Grundlegend dazu immer noch die Monographie von Norbert Gresch, Transnationale Parteienzusammenarbeit in der EG, Baden-Baden 1978.

2 Vgl. dazu Rudolf Hrbek, Die europäischen Parteienzusammenschlüsse, in: Werner Weidenfeld u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1980ff., Bonn 1981ff., S. 255–264 (1980); S. 347–359 (1981); S. 263–274 (1982).

3 Diese Auffassung vertritt beispielsweise Oskar Niedermayer in seinem Beitrag für die ECPR-Joint Sessions of Workshops, Salzburg, April 1984 (Deutsche Version unter dem Titel „Zur Entwicklung der transnationalen Parteienbünde im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft", IVS-papers Nr. 8, Mannheim, März 1984).

4 Reimund Seidelmann („Bund der Sozialdemokratischen Parteien", in: Pipers Wörterbuch zur Politik Bd. 3: Europäische Gemeinschaft. Problemfelder – Institutionen – Politik, hrsg. von W. Woyke, München 1984, S. 25–32, hier S. 27) sieht darin eines von vier Problemen der Zusammenarbeit im Bund.

5 Oskar Niedermayer, a.a.O., S. 8.

6 Als Broschüre zum Kongreß (8./9.3.1984 in Luxemburg) veröffentlicht.

7 Als Broschüre zum Kongreß (8./9.3.1984 in Luxemburg) veröffentlicht.

8 Das zeigt die Gegenüberstellung der entsprechenden Passagen im „Europa-Wahlprogramm 1984" der SPD (beschlossen am 14.2.1984) und im Manifest des Bundes (beschlossen am 8.3.1984).

9 Die britische Labour Party und die dänischen Sozialdemokraten stellten in einer Fußnote fest, daß sie sich der Aussage über Verbesserung im Bereich der Institutionen zugunsten des Europäischen Parlaments im Manifest des Bundes nicht anschließen würden.

10 Die italienischen Mitgliedsparteien, PSI und PSDI, bekräftigten in einer im Anhang zum Manifest enthaltenen Erklärung ihre Unterstützung für den Entwurf über den Vertrag zur Europäischen Union.

11 Oskar Niedermayer, a.a.O., S. 13.

12 Reimund Seidelmann u. Günter Trautmann, Bericht über die Fachtagung „Internationalismus und transnationale Parteienkooperation

(I) – sozialdemokratische und sozialistische Parteien", Hamburg/Marburg, Juni 1984 (hektographiertes Manuskript), S. 6.

13 Das SPD-Wahlprogramm zur Europa-Wahl setzt demgegenüber andere Akzente.

14 Seidelmann/Trautmann, a.a.O., in ihrem Tagungsbericht.

15 Seidelmann/Trautmann, a.a.O., S. 5.

16 Seidelmann/Trautmann, a.a.O., S. 7.

17 Niedermayer (a.a.O., S. 17) charakterisiert das Verhältnis von Bund und Sozialistischer EP-Fraktion als „Interdependenz, d.h. eine nicht allzu enge Verbindung, die sich auch in der viel schwächer als bei den beiden anderen Parteifamilien ausgeprägten formalen Verknüpfung des Bundes mit der Fraktion widerspiegelt."

18 Niedermayer, a.a.O., S. 3.

19 Informationsbrief Nr. 18/83 (v. 20.12.1983) des Generalsekretärs der F.D.P., S. 5.

20 Vgl. dazu den Bericht in der Europäischen Zeitung v. Januar 1984, S. 7.

21 Vgl. beispielsweise die Berichterstattung in Stuttgarter Zeitung v. 12.12.1983, S. 2 und Süddeutsche Zeitung v. 12.12.1983, S. 5.

22 Niedermayer, a.a.O., S. 17.

23 Im Jahr 1983 zu Situation und Entwicklung in Polen, im Libanon und der Türkei, auf den Philippinen, in Mittelamerika, Chile, Uruguay, Argentinien, Malta und Zypern; zu den Rüstungskontrollverhandlungen in Wien und Genf und schließlich zum Abschuß einer südkoreanischen Verkehrsmaschine.

24 Beispielsweise legte der EP-Abgeordnete von Wogau seine Vorstellungen über den Abbau von Handelshindernissen im EG-Binnenmarkt dar.

25 Niedermayer, a.a.O., S. 17.

26 Das EDU-Bulletin Nr. 22 enthält alle dort gehaltenen Reden, die Beschlüsse einschließlich des Wortlauts der Resolutionen.

27 Das EDU-Bulletin Nr. 25 enthält eine genaue Aufstellung aller Parteien und ihres Status in dieser Parteienformation.

28 Die Prinzipien-Erklärung ist abgedruckt in EDU-Bulletin Nr. 22, S. 137–143.

29 Abgedruckt als EDU-Bulletin Nr. 23.

30 Abgedruckt als EDU-Bulletin Nr. 24.

31 Agence Europe, European Elections Special, Nr. 12 v. 15.10.1983.

32 Vgl. Agence Europe, European Elections Special, Nr. 48 v. 29.3.1984.

33 Im Vorfeld der zweiten Direktwahlen zum Europäischen Parlament haben ‚reichere' Parteien aus dem Lager der Grünen ihren ‚ärmeren' Schwesterorganisationen finanzielle Unterstützung gewährt.

34 Agence Europe, European Elections Special, Nr. 51 v. 6.4.1984.

35 Vgl. dazu Agence Europe, European Elections Special, Nr. 27 v. 14.1.1984.

Weiterführende Literatur

Beiträge in Pipers Wörterbuch zur Politik Bd. 3: Europäische Gemeinschaft. Problemfelder – Institutionen – Politik, hrsg. von Wichard Woyke, München 1984:
– Reimund Seidelmann: Bund der Sozialdemokratischen Parteien (S. 25–32);
– Beate Kohler: Europäische Demokratische Union (S. 131–133);
– Rudolf Hrbek: Europäische Liberale Demokraten (S. 201–207);
– Rudolf Hrbek: Europäische Parteienföderationen (S. 221–226);
– Beate Kohler: Europäische Union Christlicher Demokraten (S. 263–265);
– Oskar Niedermayer: Europäische Volkspartei (S. 283–289).

Oskar Niedermayer, Europäische Parteien? Zur grenzüberschreitenden Interaktion politischer Parteien im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, Frankfurt/M. 1983.

Ders., Zur Entwicklung der transnationalen Parteienbünde im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, IVS-papers Nr. 8, Mannheim, März 1984 (deutsche Version seines Beitrags für die ECPR-Joint Sessions of Workshops, Salzburg, April 1984).

Reimund Seidelmann u. Günter Trautmann, Bericht über die Fachtagung „Internationalismus und transnationale Parteienkooperation (I) – sozialdemokratische und sozialistische Parteien", Hamburg/Marburg, Juni 1984 (hektographiertes Manuskript).

Seiler, D.L., Les fédérations de partis au niveau communautaires, in: R. Hrbek, J. Jamar u. W. Wessels (Hrsg.), The European Parliament on the Eve of the Second Direct Elections: Balance-Sheet and Prospects, Brügge 1984, S. 459–504.